

BGA-Klausur im Zeichen der Bundestagswahl

Die anstehende Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus: Sie stand im Mittelpunkt der zweitägigen Klausur des BGA-Präsidiums in Berlin. Wolfgang Kubicki, Stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, präsentierte am ersten Tag die Schwerpunktthemen des FDP-Wahlprogrammes. Am folgenden Tag sprach der CDU-Wahlkampfmanager Joachim Koschnick, unter der Maxime „die Ernte ist noch nicht im Stall“, über die Strategie der Christdemokraten. Ferner diskutierte das Präsidium mit Nick Leake, Leiter der Abteilung EU und Wirtschaft der britischen Botschaft in Berlin, über die Chancen und Gefahren bei der Umsetzung des Brexit.

Strukturwandel führt zu Anpassungsdruck

Der derzeit stattfindende Strukturwandel führe zu umfassenden Veränderungen in allen Lebensbereichen, ganze Berufsbilder stünden vor dem Aus. Es gelte neue Perspektiven aufzubauen und Menschen Ängste zu nehmen, so leitete Wolfgang Kubicki sein kurzes Eingangsstatement ein. Die Voraussetzungen hierfür müsse die Politik schaffen und dafür setze sich die FDP ein. Ein weiteres Kernthema der FDP bleibe die Steuerpolitik. Kubicki forderte, dass der derzeitige Steuerüberschuss zur Hälfte an die Menschen zurückgegeben werden müsse, um so auch die Binnenwirtschaft zu stärken. Auch der Soli könne möglichst schnell abgeschafft werden, denn er habe seine Aufgabe erfüllt. Zur Handelspolitik unterstrich Kubicki, dass diese nicht protektionistisch werden dürfe – hier stünden gerade in Deutschland viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Der BGA im Dialog - Kubicki nahm dies wörtlich -, in einer lebhaften Diskussion wurden Themen wie flexible Arbeitszeiten, Verbesserung der Gründungsbedingungen in Deutschland und innere Sicherheit besprochen.

Den Abschluss des ersten Tages bildete ein Ausblick der BGA-Geschäftsstelle auf einige Schwerpunktthemen im Bundestagswahlkampf 2017. André Schwarz widmete sich der Kritik an den deutschen Leistungsbilanzüberschüssen und zu schwacher Investitionstätigkeit, aus denen heraus beispielsweise Steuersenkungen abgelehnt und politische Forderungen nach Anhebung des Mindestlohns und stärkerer Einkommenssteigerungen abgestellt werden.

Alexander Kolodzik stellte die Anforderungen an eine digitale Datenpolitik in der kommenden Legislaturperiode vor.

Digitale Datenpolitik werde immer mehr zu einem Wettbewerbsfaktor für die Unternehmen und den Standort Deutschland. Statt auf Datenzurückhaltung zu setzen sei es wichtig, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der - auch im Interesse des Individuums - einen rechtssicheren Umgang mit Daten ermögliche.

Im Mittelpunkt der Ausführungen von Gerhard Handke standen flexible Beschäftigungsformen und die Forderung nach deren Erhalt sowie der nachhaltigen Gestaltung der Sozialversicherung, das bedeutet: keine Ausweitung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung, Erhalt des bisherigen Rentenkonsenses und in der Krankenversicherung kein Umbau zur paritätischen Bürgerversicherung.

Brexit muss kein Desaster sein

Den zweiten Tag begann Botschaftsrat Nick Leake mit seinem Vortrag zum Brexit und betonte, dass es für Großbritannien wichtig sei, dass die Europäische Union stark und erfolgreich bleibe und dass es erklärtes Ziel Großbritanniens sei, eine „deep und special partnership“ zur Europäischen Union aufzubauen. Dies habe insofern eine besondere Bedeutung, da bisher nur die USA diesen Status habe. Natürlich beinhalteten die Verhandlungen viele schwierige Themen, doch Leake war guter Dinge, wenn man sich nicht bei Beginn der Verhandlungen verbeißt, könne man zu guten Ergebnissen kommen. Gleichzeitig sei der Austritt Großbritanniens für die Europäische Union eine gute und wichtige Gelegenheit, längst überfällige Reformen auf den Weg zu bringen.

Den Bogen zurück zur Innenpolitik schlug anschließend Joachim Koschnicke, im Konrad-Adenauer-Haus für die strategische Planung des Bundestagswahlkampfes der CDU verantwortlich. Er betonte, anders als in früheren Wahlkämpfen hätten die Einflüsse von außen drastisch zugenommen. Die Ereignisse und Wahlen in Europa aber auch den USA würden stärker beobachtet und einbezogen in die Wahlentscheidungen in Deutschland. Mit Blick auf die noch vor kurzem zu beobachtenden populistischen Tendenzen in Europa, sprach er von einer Renaissance Europas, bei der man die Freiheit, Sicherheit und Meinungsfreiheit wieder schätzen lerne und stärken wolle. Bei der anschließenden Diskussion wurde über den G20-Gipfel, Fake-News und deren Einfluss auf den Wahlkampf gesprochen. Einhelliger Wunsch an Koschnicke war, dass seine Partei im Wahlkampf diesmal nicht der Versuchung erliege, übermäßige Wahlgeschenke zu versprechen.

Die Tagung wurde abgerundet mit dem Sommerfest des Handels. Unter dem Motto „Immer eine gute Wahl“ feierten am Abend des ersten Sitzungstages ca. 1000 Gäste bei Sonnenschein in und rund um das Verbändehaus an der Spree. Kulinarische Köstlichkeiten und ein vielseitiges Unterhaltungsprogramm boten einen gelungenen Rahmen für ausgiebiges Netzwerken und gute Stimmung.

[Iris von Rottenburg]

BGA AKTUELL

Führungswechsel: BGA nominiert neuen Präsidenten

Das Präsidium des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) hat auf Vorschlag von Präsident Anton Börner in seiner gestrigen Sitzung einstimmig Dr. Holger Bingmann für die Wahl zum BGA-Präsidenten am 26. September 2017 nominiert. Börner selbst stand nach 17 äußerst verdienstvollen Jahren an der Verbandsspitze nicht mehr zur Verfügung.

Bingmann ist Geschäftsführender Gesellschafter der MELO-Group in München mit Niederlassungen u.a. in Berlin, New York und Dubai. Ehrenamtlich ist er seit 2015 Vizepräsident des Landesverbandes Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen Bayern (LGAD) und seit 2016 Mitglied des BGA-Präsidiums.

Der 1961 in Stuttgart geborene, promovierte Diplom-Kaufmann ist verheiratet und hat vier Kinder. Nach beruflichen Stationen bei der Daimler Benz AG in Brüssel und als Geschäftsführender Gesellschafter bei der Süddeutschen Zeitungszentrale Presse-Grosso GmbH in Stuttgart übernahm er 2001 die Geschäftsführung der MELO-Group.

Diese ist seit 2003 aus dem 1945 in München gegründeten Presse-Vertrieb Hermann Trunk hervorgegangen. Für die gesamte Gruppe arbeiten heute rund 2.000 Mitarbeiter in mehr als einem Dutzend Unternehmen in sechs Ländern. Die Geschäftsbereiche gliedern sich in die vier Divisionen Logistic Services, Aviation Services, Media Distribution und Content Creation.

Das besondere Interesse Bingmanns gilt dem kulturellen und digitalen Wandel in Unternehmen.

 BGA-Pressemitteilung vom 20. Juni 2017

KONJUNKTUR

Wirtschaft bleibt auf robustem Wachstumspfad

Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Aufschwung im zweiten Quartal 2017 fort. Die Industrie weitete die Erzeugung den vierten Monat in Folge aus. Das Baugewerbe hält sein Niveau nach den deutlichen Zuwächsen in den Vormonaten. Das Geschäftsklima in der Wirtschaft befindet sich auf Rekordniveau. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich dynamisch fort. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben nehmen auch real spürbar weiter zu. Dies ist die zusammenfassende Bewertung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland im Juni 2017.

Nachfrageseitig wird die wirtschaftliche Dynamik zuletzt vor allem von den Investitionen getragen, so das BMWi, aber auch die privaten und staatlichen Konsumausgaben stützen weiterhin das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Die leichte weltwirtschaftliche Belebung unterstützt die Exportentwicklung und liefert bei schwächer zunehmenden Importen zusätzliche Wachstumsimpulse. Die weltweite Industrieproduktion ist weiter aufwärtsgerichtet, was vor allem auf die Schwellenländer zurückgeht. Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich zuletzt etwas aufgehellt. Trotz eines schwachen ersten Quartals 2017 dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den USA im laufenden Jahr stärker zunehmen als im Vorjahr. Das Wirtschaftswachstum in Japan bleibt moderat. Von den Schwellenlän-

den verzeichnete China zuletzt wieder ein konstantes Wachstum. Mit den anziehenden Rohstoffpreisen dürften auch Russland und Brasilien ihre Rezessionen verlassen und in diesem Jahr ein positives Wirtschaftswachstum erzielen.

Das Produzierende Gewerbe dehnte im April (+0,8 Prozent) seine Produktion aus. Die Industrie (+0,4 Prozent) produzierte den vierten Monat in Folge mehr als im Vormonat. Getragen wurde dies im April durch Produktionszuwächse bei den Herstellern von Vorleistungsgütern (+1,0 Prozent) und Investitionsgütern (+0,3 Prozent). Die Bauproduktion hingegen (-0,1 Prozent) bewegte sich nach einem sehr kräftigen Zuwachs im ersten Quartal weitgehend seitlich. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe waren eher schwach (-2,1 Prozent), was auf den geringen Umfang an Großaufträgen zurückgeführt werden kann. Im Dreimonatsvergleich hingegen entwickelten sich die industriellen Auftragseingänge leicht positiv.

Der private Konsum bleibt trotz der Normalisierung bei den Verbraucherpreisen weiterhin sehr robust. Im April sind die Umsätze im Einzelhandel geringfügig gesunken, sie sind dennoch höher als im Durchschnitt des ersten Quartals und 2 Prozent stärker als vor einem Jahr. Der Private Konsum sollte weiter robust expandieren, so die Einschätzung des BMWi, da sich auch die Stimmung der Verbraucher im Mai erneut verbessert habe.

Der BGA nimmt positiv wahr, dass die Konjunktur in Fahrt bleibt und sich trotz mancher politischer Entwicklungen in der Welt eine Aufhellung der Weltkonjunktur, insbesondere in der Europa abzeichnet. Deutschland bleibt mit seiner aufwärtsgerichteten Wirtschaft somit nicht nur als Lieferant von hochqualitativen Produkten und Technologien gefragt, sondern auch als Nachfrage vielfältiger Vorleistungen. Erfreulich ist dabei, dass neben einer robusten Konsumlaune, einer weitgehend stabilen Baukonjunktur auch die industrielle Basis in allen Sektoren an Stärke gewinnt, worauf die verbesserte Entwicklung im Produktionsverbindungshandel im Vergleich zum Konsumgütergroßhandel deutet.

[Michael Alber]

ARBEIT

Absenkung der Insolvenzgeldumlage geplant

Das Bundesarbeitsministerium plant, den Insolvenzgeldumlagesatz für das Kalenderjahr 2018 von derzeit 0,09 % auf

0,06 % abzusenken. Das Ministerium hat einen entsprechenden Referentenentwurf veröffentlicht. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ist eine Absenkung dann vorgesehen, wenn die Rücklage die durchschnittlichen jährlichen Aufwendungen der vorhergehenden fünf Kalenderjahre übersteigt.

Voraussichtlich wird sich bis Ende des Jahres 2017 eine Insolvenzgeldrücklage von rund 1,745 Milliarden Euro aus der Umlage gebildet haben. Die durchschnittlichen jährlichen Aufwendungen der dem Kalenderjahr 2018 vorhergehenden fünf Kalenderjahre 2013 bis 2017 betragen rund 773 Millionen Euro. Damit sind die Voraussetzungen für einen niedrigeren Umlagesatz für das Kalenderjahr 2018 erfüllt.

Die gewählte Höhe von 0,06 % würde zu einem leichten Abschmelzen der Rücklage führen. Sie ist finanziell tragbar und sinnvoll. Mit der geplanten Absenkung wird die erwünschte Kontinuität bei stabiler Rücklage ermöglicht, und die Arbeitgeber werden um rund 300 Mio. Euro entlastet.

[Denis Henkel]

Arbeitskosten im 1. Quartal 2017 um 2,5 % höher als im 1. Quartal 2016

In Deutschland sind die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Zeitraum vom ersten Quartal 2016 zum ersten Quartal 2017 kalenderbereinigt um 2,5 % gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt Destatis) weiter mitteilt, stiegen die Arbeitskosten im Vergleich zum Vorquartal saison- und kalenderbereinigt um 0,5 %.

① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 9. Juni 2017

BILDUNG

Ausbildungsverträge müssen ab Oktober Form des Ausbildungsnachweises enthalten

Das Gesetz zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes bringt zum 1. Oktober 2017 eine wichtige Änderung des Berufsbildungsgesetzes bezüglich der Form des Ausbildungsnachweises.

Künftig gehört es zu den gesetzlichen Pflichten des Auszubildenden „einen schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweis zu führen“. Außerdem ist die ausgewählte Form des Ausbildungsnachweises im Ausbildungsvertrag

(Vertragsniederschrift) festzuhalten. Auszubildende sind zudem angehalten, die Ausbildungsnachweise regelmäßig durchzusehen. Den Auszubildenden ist Gelegenheit zu geben, den Ausbildungsnachweis am Arbeitsplatz zu führen.

Der gesamte Ausbildungsnachweis muss bei Anmeldung zur Prüfung seitens des Auszubildenden und des Ausbilders persönlich unterschrieben werden bzw. mit einer elektronischen Signatur versehen werden.

Im Bereich der Beruflichen Bildung konnte ein Bestandschutz für bestehende Ausbildungsverträge sowie eine Übergangsfrist bis zum 30. September 2017 erreicht werden. Bereits laufende und bis dahin abgeschlossene Verträge müssen demnach nicht geändert werden. Ausbildungsverträge, die ab dem 1. Oktober 2017 geschlossen werden, müssen zwingend um die Form des Ausbildungsnachweises (schriftlich oder elektronisch) ergänzt werden.

[Denis Henkel]

VERKEHR

Masterplan Schienengüterverkehr

Das Bundesverkehrsministerium hat den Masterplan Schienengüterverkehr vorgestellt. Die Verkehrs- und insbesondere die Eisenbahnbranche versprechen sich von dem Maßnahmenbündel erhebliche Kostenreduzierungen im Schienengüterverkehr und dadurch einen stärkeren Anreiz, Verkehre auf die Schiene zu verlagern. Mit Inkrafttreten des Haushalts 2018 werden Mittel in Höhe von 350 Millionen Euro in die Senkung der Trassenpreise für den Schienengüterverkehr fließen. Die Freiräume sollen die Unternehmen für Investitionen in Innovationen nutzen, daneben werden die seit Langem geforderten 740 m langen Güterzüge auf bestimmten Hauptgüterverkehrsstrecken zugelassen. Darüber hinaus spricht sich der Masterplan für eine verstärkte Innovationsförderung insbesondere im Bereich der Digitalisierung aus. Durch die Digitalisierung, etwa Online-Buchung von Trassen, digitale Fahrpläne und Regelwerke soll die Kapazität im Netz gesteigert werden. Der Marktanteil des Schienengüterverkehrs stagniert seit Jahren bei rund 18 Prozent. Der Masterplan ist das Ergebnis eines umfassenden Dialogprozesses mit beteiligten Unternehmen und Institutionen des Schienengüterverkehrs.

[Meike Tilsner]

Bericht der Ethik-Kommission zum automatisierten und vernetzten Fahren

Die von Verkehrsminister Dobrindt eingerichtete Ethik-Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht Di Fabio hat ihren Bericht zum automatisierten und vernetzten Fahren vorgestellt. Im Mittelpunkt steht die Sicherheit beim hochautomatisierten und autonomen Fahren. Der Abschlussbericht besteht aus 20 „ethischen Regeln für den automatisierten und vernetzten Fahrzeugverkehr“. Demnach stünden bei positiver Risikobilanz, „technisch unvermeidbare Restrisiken“ dem automatisierten und vernetzten Fahren nicht entgegen. Dabei empfiehlt die Kommission, dass die Systeme so programmiert werden müssen, dass Sachschaden wertunabhängig einem Personenschaden vorzuziehen ist und dass mögliche Opfer nicht nach Alter, Geschlecht und anderen Merkmalen unterschieden werden. Die Experten sprechen sich dafür aus, dass die Hersteller bei der Haftung stärker in die Pflicht genommen werden sollten. Für bedenklich halten die Experten allerdings eine vollständige Vernetzung und zentrale Steuerung sämtlicher Autos.

[Meike Tilsner]

Zitat der Woche

»In einer globalisierten Welt gilt es, Brücken zu bauen und nicht Zugbrücken hochzuziehen.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin (CDU)

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | Am Weidendamm 1 A | 10117 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 28. Juni 2017
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich